

*Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft*

IV/1997

DIE OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1996

MUSICA PRO PACE 1996

*BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DESERTION*

MATERIALIEN UND DOKUMENTE

herausgegeben vom
Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und dem
Präsidenten der Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

»Was damals Rechtens war...« – Skandalöse Kontinuität der Urteile der NS-Militärjustiz

Symposium der Hamburger Initiative »Anerkennung aller NS-Opfer« am 1. und 2. Juni 1996 in Hamburg - Schlußerklärung

Am Wochenende haben sich in Hamburg Historiker, Juristen, OrganisationsvertreterInnen und Einzelpersonen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu einem Symposium getroffen, um über die aktuelle Situation der Opfer der NS-Militärjustiz zu beraten. Anlaß war die Sorge, daß die dem Bundestag vorliegenden Anträge zur Rehabilitierung und Entschädigung nicht zu den Ergebnissen führen könnten, auf die die nun schon seit über 50 Jahren diskriminierten Opfer ein grundlegendes Recht haben. In besonderer Weise wurde auf die Rolle der NS-Militärrichter eingegangen, die nach 1945 in der Regel nicht nur ihre Karriere fortsetzen, sondern über Kameradschaftsvereinigungen, Zeitschriften und Buchpublikationen auch die wissenschaftliche Darstellung der NS-Militärjustiz über Jahrzehnte hinaus bestimmen konnten. Hierin wird ein erneuter Triumph der Täter über die Opfer gesehen, der wesentlich zu den aktuellen Schwierigkeiten beiträgt. Hinsichtlich der Forschung und auch der öffentlichen Wahrnehmung der Deserteursproblematik wurde darauf hingewiesen, daß der Anteil der Frauen als Helferinnen bei der Desertion und als von der NS-Militärjustiz Verfolgte viel zu wenig beachtet wird. Es wurde deshalb die Forderung nach unbedingter Aktenerhaltung und der Bereitstellung von Geldern erhoben, um die Forschung intensivieren zu können.

Ausgehend von den Erfahrungen mit der Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* wurde über die widersprüchliche Lage beraten, daß sowohl bei der Wehrmachtsdiskussion als auch bei der Debatte über die Militärjustiz eine deutliche Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Aufgeschlossenheit und parlamentarischer Beschlußfassung zu konstatieren ist.

Die am Symposium Beteiligten fordern den Bundestag deshalb auf, der gesellschaftlichen Diskussion endlich Rechnung zu tragen und die längst fällige Erklärung zur Nichtigkeit der Urteile der NS-Militärjustiz zu beschließen. Die damit einhergehende materielle Entschädigung hat zu berücksichtigen, daß es nicht um die Verteilung von Almosen geht: Diese Opfergruppe, die auch nach dem 8. Mai 1945 diskriminiert und geächtet wurde, hat ein Anrecht auf Rentenzahlung wie andere NS-Verfolgte. Fortschritte werden auf Dauer sicher nur zu erreichen sein, wenn die öffentliche Diskussion fortgesetzt wird und sich immer mehr Menschen im Sinne der Opfer einmischen. Die Teilnehmenden am Symposium in Hamburg fordern deshalb alle Interessierten auf, sich an der Diskussion nach ihren jeweiligen Möglichkeiten zu beteiligen.

Organisationen, die das Symposium getragen haben, sind: Hamburger Initiative »Anerkennung aller NS-Opfer«, Heinrich-Böll-Stiftung, Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste, Pax Christi, VVN-BdA, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, ART Hamburg, Flüchtlingsrat Hamburg.

Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes e.V., Dr. Rolf Surmann, Lindenallee 54a, D-20259 Hamburg (Tel.: 040-3902531).